

**Gleichstellungspolitik  
für Lesben und Schwule  
Anträge und Initiativen der  
SPD-Bundestagsfraktion**

**Mechthild Rawert, MdB**



**SPD**  
BUNDESTAGS  
FRAKTION

Die Bilanz der **SPD**  
und der **SPD BUNDESTAGS FRAKTION** in Sachen  
Gleichstellungspolitik für LGBT's kann sich  
insgesamt sehen lassen:



Quelle: Header der Internetseite der AG Lesben und Schwule in der Berliner SPD

# Entwicklung

## In der rot-grünen Koalition (1998 bis 2005)

1999: „Hamburger Ehe“ als Vorläufer der Eingetragenen Lebenspartnerschaft, beschlossen von der rot-grünen Hamburgischen Bürgerschaft

2001: Verabschiedung des Gesetzes über die Eingetragene Lebenspartnerschaft (LebPartG) durch die rot-grüne Koalition im Bundestag, gegen die Stimmen der CDU/CSU und der FDP

- zweiter Teil des Gesetespaketes erhielt wegen des Widerstandes von Union und FDP im Bundesrat keine Mehrheit
- Unionsregierte Länder Sachsen, Thüringen und Bayern klagen vor dem BVerfGE gegen das Gesetz. Das Bundesverfassungsgericht hat die Klage 2002 in allen Punkten abgelehnt.

# Entwicklung

## In der rot-grünen Koalition (1998 bis 2005)

2004: Verabschiedung des Gesetzes zur Überarbeitung des Lebenspartnerschaftsgesetzes, das die Wirkung des LebPartG massiv ausweitete, mit folgenden wesentlichen Regelungen:

- Güterstand der Zugewinnngemeinschaft
- Gleichbehandlung im Unterhaltsrecht nach Trennung (u. a. Versorgungsausgleich)
- Einführung des Verlöbnisses für LebenspartnerInnen
- Stiefkindadoption (Stiefeltern können das leibliche Kind ihrer LebenspartnerInnen adoptieren [Zustimmung des anderen leiblichen Elternteils erforderlich / Kindeswohlprüfung im Einzelfall])
- Angleichung von Regelungen zur Hinterbliebenenversorgung in der gesetzlichen Rentenversicherung
- existierende Lebenspartnerschaft ist „Ehehindernis“
- Die „Scheidung“ einer Lebenspartnerschaft folgt denselben Regeln, wie sie auch für die Ehe gelten; aber bei der so genannten „Härteklausel“ werden etwaige Kinder nicht berücksichtigt (Das Gesetz spricht von Aufhebung und nicht von Scheidung, aber es gibt auch weitere Aufhebungsgründe, die bestimmte Gründe zur Aufhebung einer Ehe übernehmen, so dass der Begriff nicht eindeutig ist).

# Entwicklung

## In der großen Koalition (2005 – 2009)

- Während unter der rot-grünen Koalition eine fruchtbare Zusammenarbeit von SPD und Grünen in Hinblick auf die Gleichstellung von Lesben und Schwulen stattfand, deren Vorhaben nur durch den Widerstand des unionsgeführten Bundesrates nicht zur vollen Realisierung kamen, war die Situation für die SPD in der Großen Koalition ungleich schwieriger. Im Parteiprogramm der CDU von 2007 fanden gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften zwar zum ersten Mal Erwähnung, eine vollständige Gleichbehandlung mit der Ehe oder gar eine vollständige Öffnung der Ehe lehnen CDU/CSU aber bis heute weiterhin ab. In den relevanten Verhandlungen sperren sich die Koalitionspartner von der Union meist vehement gegen entsprechende Vorstöße der SPD. Dementsprechend ist bei jeder gesetzlichen Verbesserung in Sachen Gleichstellung unter der Großen Koalition davon auszugehen, dass sie von den SozialdemokratInnen durchgesetzt wurde.

# Entwicklung

## In der großen Koalition (2005 – 2009)

- 2005: Die von der rot-grünen Vorgängerregierung geplanten Vorhaben, die die Regelungen für Eingetragene Lebenspartnerschaften auch auf das Beamten-, Soldaten- und Steuerrecht erweitert hätten, scheitern danach am Widerstand der CDU/CSU.
- 2007: Bremen (von der SPD geführte Große Koalition) beschließt die vollständige Gleichstellung mit der Ehe nach Landesrecht, auch beim Steuerrecht. Andere Länder mit vollständiger landesrechtlicher Gleichstellung (außer Steuerrecht): Berlin, Nordrhein-Westfalen, Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern. All dies – mit Ausnahme NRWs – sind SPD-geführte oder SPD-mitregierte Länder.
- 2007: Gegen den Widerstand der Union setzt die SPD in der Koalition die Erhöhung des Freibetrages bei der Erbschaftssteuer auf jetzt 500.000 Euro durch. Forderungen nach der vollständigen Gleichbehandlung mit der Ehe (steuerliche Behandlung nach dem Freibetrag nicht als Fremde, sondern Ehepartner) scheitern weiterhin an der Union.

# Entwicklung

## In der großen Koalition (2005 – 2009)

- 2009: im Auftrag von Bundesjustizministerin Brigitte Zypries (SPD) erstellte das Staatsinstitut für Familienforschung an der Universität Bamberg die repräsentative Studie “Die Lebenssituation von Kindern in gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaften“.
- Ergebnis: LebenspartnerInnen sind als Adoptiveltern geeignet. Wie überall in der Welt gilt: Kinder wachsen dort gut auf, wo sie geliebt werden. Die sexuelle Identität spielt dabei keine Rolle.
- In “Regenbogenfamilien” übernehmen Lesben und Schwule für Kinder Verantwortung. Ebenso wie in klassischen Familienformen entscheiden auch hier die Beziehungsqualität und nicht diskriminierende Rollenstereotype. Das Kindeswohl für die rund 16.000 Kinder, die mit zwei Müttern oder Vätern leben, ist gewährleistet. Es gibt deshalb keinen Grund, gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaften das Recht auf Adoption zu verweigern.

# Entwicklung

## In der Opposition (seit 2009)

In der Opposition sind die Möglichkeiten der SPD, Gesetzesänderungen zum Zwecke der rechtlichen und faktischen Gleichstellung durchzusetzen, naturgemäß eingeschränkt. Dennoch stellt die SPD auch in der Oppositionsrolle den Anspruch auf die Schaffung von Rahmenbedingungen, die ein gleichberechtigtes und selbstbestimmtes Leben für Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transsexuelle, Transgender und Intersexuelle ermöglicht.

- 2009: Eine ganz wesentliche Aktivität – gleich zu Beginn der Oppositionszeit – war die Einbringung eines Gesetzentwurfes zur Änderung von Artikel 3 Absatz 3 Satz 1 des Grundgesetz für die Aufnahme des Diskriminierungsmerkmals der sexuellen Identität im Grundgesetz durch die Fraktion der SPD.

# Grundsatz

- Nur ein ausdrückliches Verbot der Diskriminierung aufgrund der sexuellen Identität im Grundgesetz (GG) schafft eine klare Maßgabe für den einfachen Gesetzgeber!
- Die frühere Strafbarkeit der „Unzucht zwischen Männern“ gemäß § 175 des Strafgesetzbuchs (StGB) in der Fassung des Gesetzes vom 28. Juni 1935 (RGBl. I S. 839), die erst durch das Erste Gesetz zur Reform des Strafrechts vom 25. Juni 1969 (BGBl. I S. 645) für Männer über 21 Jahre aufgehoben wurde, belegt, dass das allgemeine Gleichbehandlungsgebot des Artikels 3 Absatz 1 GG keinen ausreichenden Schutz gegenüber abweichenden, in der Gesellschaft herrschenden Sexualvorstellungen bietet.
- die endgültige Aufhebung des § 175 erfolgte erst 1994 (BGBl. I S. 1168)

# Antragsbegründung

## In dem Antrag hieß es:

- „Ein Umschlag des gesellschaftlichen Klimas gegenüber Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transgendern, transsexuellen und intersexuellen Menschen ist derzeit zwar nicht zu befürchten.“
  - **Darüber kann man mit Blick auf Ereignisse im nahen Auslands, das Wiederaufflackern nationalsozialistischen Gedankenguts sowie die Aktivitäten fanatischer religiöser Gruppen streiten!**
- „Es ist eine wesentliche Funktion verfassungsrechtlicher (Grundrechts-) Normen, ihren Regelungsgehalt der Gestaltungsmacht des einfachen Gesetzgebers und damit dem Wechselspiel der verschiedenen politischen und gesellschaftlichen Kräfte zu entziehen.“

# Aktuellere Aktivitäten

(aus dem letzten halben Jahr)

## steuerrechtliche Gleichstellung

16.09.2011

- **Schriftliche Frage des SPD-Bundestagsabgeordneten Martin Gerster zur Umsetzung der Gleichstellung von LebenspartnerInnen und EhegattInnen im Einkommensteuerrecht:**
- Wann wird die Bundesregierung in dieser Legislaturperiode die Gleichstellung von LebenspartnerInnen und EhegattInnen im Einkommensteuerrecht umsetzen, und falls nicht, warum?
- Antwort von: Hartmut Koschyk, Parlamentarischer Staatssekretär im BMF:
- Abwarten der Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
- BT-Drucksache 17/6995, Frage Nr. 16  
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/069/1706995.pdf>

# Ehegattensplitting

- Ja!

Das Ehegattensplitting  
gehört abgeschafft !!!

(oder zumindest reformiert und umbenannt)

- Aber!

Solange die typischerweise  
mit dem Krankenpfleger  
verheiratete Chefärztin es  
bekommt, wollen  
LebenspartnerInnen es  
auch haben !!!



# Aktuellere Aktivitäten

(aus dem letzten halben Jahr)

## Homosexualität im Sport

29.11.2011

- **Antrag der SPD-Bundestagsfraktion: Förderung eines offenen Umgangs mit Homosexualität im Sport**
- Inhalt: Mittelaufstockung für die Antidiskriminierungsstelle des Bundes im Haushalt 2012, Unterstützung von Kooperationen zwischen Lesben- und Schwulenverbänden sowie Sportvereinen und Fanprojekten, Sensibilisierung für das Thema Homosexualität, Förderung von Beratungsstellen für von Diskriminierung betroffene homosexuelle Sportler, Forschungsförderung "Homophobie im Sport" im Rahmen der Bundesstiftung Magnus Hirschfeld
- BT-Drucksache 17/7955 (Antrag)  
<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/079/1707955.pdf>

# Homosexualität im Sport (vor allem im Fußball)



**Hetero, weiß und männlich?**  
Fußball ist viel mehr!

Eine Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung zu Homophobie,  
Bissexismus und Sexismus im Fußball  
Nina Degele/Caroline Janz

**FRIEDRICH  
EBERT  
STIFTUNG**  
Forum Politik  
und Gesellschaft

Es ist immer  
noch kein Profi  
geoutet !!!

Vor dem Ball sind noch nicht alle gleich, Frankfurter Allgemeine, 02.02.2012

Rüffel für Lahm, Frankfurter Rundschau, 18.01.2012

Das große Versteckspiel, Frankfurter Rundschau, 17.01.2012

Fragwürdige Schlagzeilen, Frankfurter Allgemeine, 28.10.2011

# Aktuellere Aktivitäten

(aus dem letzten halben Jahr)

- **Magnus Hirschfeld Stiftung**
- 30.11.2011 / 01.12.2011
- **Wahl der Mitglieder des Kuratoriums der "Bundesstiftung Magnus Hirschfeld"**
- Die Fraktion der SPD hat gemeinsam mit den Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU/CSU, FDP und DIE LINKE die folgenden Mitglieder des Kuratoriums der "Bundesstiftung Magnus Hirschfeld" gewählt:
- Mitglieder: SPD: Dr. Barbara Hendricks, Johannes Kahrs; CDU/CSU: Dr. Stefan Kaufmann, Dr. Jan-Marco Luczak, Jens Spahn, Dagmar G.Wöhrl; FDP: Michael Kauch; DIE LINKE: Dr. Barbara Höll; B90/GR: Volker Beck (Köln)
- StellvertreterInnen: SPD: Brigitte Zypries, Dr. Matthias Miersch; CDU/CSU: Karin Maag, Nadine Schön (St.Wendel), Sabine Weiss (Wesel I), Elisabeth Winkelmeier-Becker; FDP: Jimmy Schulz; DIE LINKE: Halina Wawzyniak; B90/GR: Monika Lazar
- BT-Drucksache 17/7935 (Wahlvorschlag)  
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/079/1707935.pdf>
- BT-Plenarprotokoll 17/146 , S. 17363B  
Annahme der Vorlage (17/7935), einstimmig  
<http://dip21.bundestag.de/dip21/btp/17/17146.pdf>

# Magnus Hirschfeld Stiftung

## Sozialdemokratie

Hirschfeld war Mitglied der SPD vermutlich schon seit seiner Studentenzeit. Seinen Kampf für Sexualreform auf sexualwissenschaftlicher Grundlage verstand er als sozialdemokratische Reformpolitik und Beitrag zum Fernziel eines demokratischen Sozialismus, was auch immer das für ihn bedeutet haben mag. Themen wie Lebensreform, Freiheitsrechte und Persönlichkeitsentfaltung des Individuums, die auf dem rechten Flügel der Partei vor der Jahrhundertwende diskutiert wurden, bilden den Hintergrund für Hirschfelds Vorstellungen von der Anwendung wissenschaftlicher Erkenntnisse im Interesse und zum Nutzen des Volkes – »per scientiam ad iustitiam«.

Wider die schwarzen Löcher, die Tageszeitung, 11.11.2011

Die Forschung fördern, die Tageszeitung, 11.11.2011

Endlich den Anfang gemacht, die Tageszeitung, 11.11.2011

Im Ausland sieht es ganz anders aus, die Tageszeitung, 01.09.2011

Regierung fördert Homoforschung, die Tageszeitung, 01.09.2011

Es wurde Zeit für die  
Unterstützung einer  
vorurteilsfreien Forschung!

# Aktuellere Aktivitäten

(aus dem letzten halben Jahr)

## Antrag "Öffnung der Ehe"

14.12.2011

- **Antrag der SPD-Bundestagsfraktion: Recht auf Eheschließung auch gleichgeschlechtlichen Paaren ermöglichen**
- Einbringung eines Gesetzentwurfs zur Öffnung der Eheschließung auch für gleichgeschlechtliche Paare (zur Beseitigung von Ungleichbehandlung eingetragener Lebenspartnerschaften gegenüber Ehepaaren im Steuer- und Adoptionsrecht und fortbestehender Diskriminierung)
- BT-Drucksache 17/8155 (Antrag)  
<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/081/1708155.pdf>

# "Öffnung der Ehe"



30.12.2011

Nächster ▶  

## Pflichten, immer nur Pflichten

HOMOEHEN Auf 50 Seiten listet die Bundesregierung auf, wo überall eingetragene Partnerschaften benachteiligt werden. Einiges davon will sie ändern. Bei den wichtigen Fragen aber versteckt sie sich hinter den Gerichten

VON PAUL WRUSCH

Es hat sich schon viel verbessert für Schwule und Lesben. Seit zehn Jahren können sie ihre Partnerschaft amtlich eintragen lassen. "Eingetragene Lebenspartnerschaft" heißt das Konstrukt, das die rot-

es gibt immer noch viel zu viele  
Ungleichbehandlungen und  
Nachteile

zielführend ist nur die  
vollständige Gleichstellung  
durch die Öffnung der Ehe

wegweisend für uns: **Bundesparteitag der SPD 2011** 04. Dezember 2011

nicht nur

der **Beschluss Nr. 10 gemäß § 10 Organisationsstatut (AG Schwusos)** 😊

sondern **vor allem**

der **Beschluss Nr. 68 "Öffnung der Ehe"**

# Aktuellere Aktivitäten

(aus dem letzten halben Jahr)

## Transsexuellengesetz

09.03.2012

- **Schriftliche Frage der SPD-Bundestagsabgeordneten Ute Vogt zur geplanten Reform des Transsexuellengesetzes:**
- Welchen konkreten Zeitplan verfolgt die Bundesregierung bezüglich der im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und FDP angekündigten Reform des Gesetzes über die Änderung der Vornamen und die Feststellung der Geschlechtszugehörigkeit in besonderen Fällen (Transsexuellengesetz – TSG), und welche Regelungen sind geplant, um das Gesetz anhand der aktuellen medizinisch-wissenschaftlichen Erkenntnisse und unter Berücksichtigung der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts auf eine neue zeitgemäße Grundlage zu stellen, um transsexuellen Menschen ein freies und selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen?
- Antwort von: Dr. Ole Schröder, Parlamentarischer Staatssekretär im BMI
- Änderungen sind beabsichtigt, konkrete Reforminhalte können nicht benannt werden.
- BT-Drucksache 17/8958, Frage Nr. 23  
<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/089/1708958.pdf>

# Aktuellere Aktivitäten

- 25.6.2012 Anhörung des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Bundestag
- zum Antrag der Grünen "Grundrechte von intersexuellen Menschen wahren" (17/5528)
- zur Zeit Vorbereitung/Abstimmung des Fragenkatalogs durch die zuständigen BerichterstatterInnen der SPD-Bundestagsfraktion

# Transsexuellengesetz (TSG) und Intersexualität

Männlich, weiblich, menschlich, Frankfurter Rundschau, 24.02.2012

Männlein oder Weiblein? Es ist Zeit, die Geschlechterdefinition zu überdenken, der Freitag, 23.02.2012

Wie eine Kastration, Die Zeit, Hamburg, 12.01.2012

Das dritte Geschlecht, Welt am Sonntag, 27.11.2011

Streit um das Geschlecht, Süddeutsche Zeitung, München, 02.09.2011

Werdet stolz, Frankfurter Rundschau, 12.12.2011

Aktuelle Diskussion durch die Stellungnahme des

**Deutschen Ethikrats: Intersexuelle Menschen anerkennen, unterstützen und vor gesellschaftlicher Diskriminierung schützen**

PRESSEMITTEILUNG 01/2012

Berlin, den 23. Februar 2012

**siehe auch die Pressedokumentation des Deutschen Ethikrats**

<http://www.ethikrat.org/presse/pressemitteilungen/2012/pressemitteilung-01-2012>

# ... und zum Schluss noch wichtig !!!

Für die Gruppe der Frauen wie für die Gruppe der LGBT's gilt:

- In Bezug auf die rechtliche Gleichstellung wurde schon Einiges erreicht !!!
- Von der faktischen Gleichberechtigung sind wir noch weit entfernt !!!



Gemeinsam Kämpfen macht stark !!!

Vielen Dank für Eure  
Aufmerksamkeit !